

Ja zur europäischen Solidarität

Grünen-Kreisverband diskutiert Euro-Rettungsschirm

Die Mitglieder der Grünen diskutierten als Schwerpunkt die Euro-Rettung und Stuttgart 21 auf der Kreisversammlung in der Uhlandhöhe.

Reutlingen. Bundestagsabgeordnete Beate Müller-Gemmeke berichtete bei der Mitgliederversammlung der Kreis-Grünen im voll besetzten Terrassenzimmer der Uhlandhöhe aktuell aus Berlin über die Abstimmung zum EFSF-Rettungsschirm. Müller-Gemmeke, die der Aufstockung der Garantien für den Euro-Rettungsmechanismus zugestimmt hatte, erläuterte ihr Abstimmungsverhalten: „Im Kern geht es darum, ob wir jetzt entschlossen handeln, um ein Auseinanderbrechen der EU zu verhindern. Ein Ende der Wirtschafts- und Währungsunion kann weder politisch noch wirtschaftlich in unserem Interesse sein und würde um vieles teurer als die Rettungsmaßnahmen.“ Des Weiteren stellte sie klar: „Es werden jetzt Garantien ausgesprochen und Sicherheiten gegeben. Der EFSF soll sicherstellen, dass sich Staaten in Krisensituationen refinanzieren können. Es geht nicht um Transfers an Schuldenstaaten. Es geht auch nicht nur um Verschuldung, denn im Kern haben wir vor allem eine Finanz- und Bankenkrise. Regulierungen der Finanzmärkte und Banken sind notwendig.“ Die Versammlung teilte in der Diskussion das Bekenntnis zur europäischen Solidarität mit Kritik am zögerlichen, uneinheitlichen Krisenmanagement der Regierung.

„Röslers unbedachtes Gerede von einer griechischen Staatsinsolvenz hat die ohnehin komplexe Debatte völlig vergiftet“, so Müller-Gemmeke. Der Reutlinger Stadt- und Kreisrat Rainer Buck sah es ähnlich: er teile die Analyse, sei aber besorgt darüber, wie die Debatte über die Rettungspakete geführt werde. „Da müssen wir als Grüne noch gemeinsam Überzeugungsarbeit leisten“, sagte der gelernte Volkswirt.

Um Überzeugungsarbeit ging es auch im Bericht aus dem Landtag, den der Reutlinger Abgeordnete Thomas Poreski lieferte. Die grün-rote Landesregierung habe das Gesetz zur Kündigung der Finanzierungsverträge für Stuttgart 21 vorgelegt und damit die Volksabstimmung auf den Weg gebracht. Am 27. November sollen nun die Bürgerinnen und Bürger entscheiden. „Damit lösen wir ein zentrales Wahlversprechen ein: die Bürger sollen mitreden dürfen, ob das Land die Finanzierung des Milliardenprojektes übernehmen soll oder nicht.“ Poreski ist „zuversichtlich, dass eine Mehrheit der Abstimmenden erkennen wird, dass Stuttgart 21 wenig Bahnhof für zu viel Geld ist“.

Die Wahlen brachten folgendes Ergebnis: Zum Bundesparteitag in Kiel Ende November werden Ulrike Herrmann, Patrick Kläiber und Beate Müller-Gemmeke entsandt.